

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX  
XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX  
[pressestelle@gruene-fraktion-berlin.de](mailto:pressestelle@gruene-fraktion-berlin.de)  
[www.gruene-fraktion-berlin.de](http://www.gruene-fraktion-berlin.de)

12.07.2006

287/2006

## **Straßenausbaugesetz**

-mt-

**Claudia Hämmerling**, verkehrspolitische Sprecherin, erklärt:

### **Straßenausbaubeitragsgesetz mit der heißen Nadel gestrickt**

Das Straßenausbaubeitragsgesetz hält nicht, was die SPD/PDS Koalition versprochen hat. Die versprochene Gleichbehandlung der BürgerInnen beider Stadthälften wurde durch eine Gerichtsentscheidung gekippt. Die Stichtagsregelung, nach der im Ostteil der Stadt die Beiträge erst ab 3.10 1990 erhoben werden können, darf damit nicht rückwirkend auf das ehemalige Westberlin übertragen werden.

Darüber hinaus haben sich die Befürchtungen der Bündnisgrünen über den Umgang mit dem kürzlich beschlossenen Straßenausbaubeitragsgesetz schon nach wenigen Monaten bestätigt.

Von den Pankower Planungsbehörden wird das Gesetz instrumentalisiert, um in Heinersdorf autogerechte und überzogene Planungen umzusetzen. Die Eigentümer sollen in Einzelfällen bis zu 72.000 Euro bezahlen. Dabei ist der Umfang des Straßenausbaus nicht im Interesse der Anlieger. Sie durften nicht mitbestimmen und sollen bezahlen für Straßenverbreiterung, Parktaschen und die Neupflanzung von Bäumen, weil der bestehende Bewuchs der Betonorgie zum Opfer fallen soll. Dabei ist diese Straße durch mangelnde Instandhaltung und Beanspruchung durch den Schwerlastverkehr zerstört worden.

Wir fordern eine Gesetzesänderung. Den Betroffenen müssen Mitbestimmungsrechte eingeräumt werden und die BürgerInnen in beiden Hälften der Stadt müssen gleich gestellt werden.